

**Satzung
zur Änderung der Beitragsordnung der Ostdeutschen
Psychotherapeutenkammer
vom 23. November 2016**

Aufgrund von § 8 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 und § 14 Abs. 1 des Sächsischen Heilberufekammergesetzes (SächsHKaG) vom 24. Mai 1994 (SächsGVBl. S. 935), das zuletzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. Februar 2016 (SächsGVBl. S. 42) geändert worden ist, hat die Kammerversammlung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer am 11. November 2016 die folgende Satzung zur Änderung der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (Beitragsordnung) vom 5. Dezember 2012 beschlossen:

Artikel 1

Die Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer vom 5. Dezember 2012 (genehmigt mit Bescheid des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz vom 08. November 2012, Az. 26-5415-81/3, veröffentlicht im Mitteilungsblatt der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer „opk-spezial“ 5. Jahrgang (2012) Ausgabe 3, wird wie folgt geändert:

§ 2 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 3 werden die Wörter „BK 4: Ermäßigter Beitrag (40 vom Hundert des Regelbeitrages)“ durch die Wörter „BK 4: Ermäßigter Beitrag (30 vom Hundert des Regelbeitrages)“ ersetzt.
2. Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a. Im 2. Halbsatz werden die Wörter „SK 2: Sonderbeitrag (40 vom Hundert des Regelbeitrages)“ durch die Wörter „SK 2: Sonderbeitrag (30 vom Hundert des Regelbeitrages)“ ersetzt.
 - b. Im 3. Halbsatz werden die Wörter „SK 3: Sonderbeitrag (15 vom Hundert des Regelbeitrages)“ durch die Wörter „SK 3: Sonderbeitrag (10 vom Hundert des Regelbeitrages)“ ersetzt.
3. Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Regelbeitrag beträgt jährlich 530,00 Euro.“

Artikel 2

Die Satzung zur Änderung der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer tritt am 01. Januar 2017 in Kraft.

Leipzig, den 12.11.2016

Andrea Mrazek
Präsidentin

Vorstehende Satzung zur Änderung der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer vom 5. Dezember 2012 wird hiermit rechtsaufsichtlich genehmigt.

AZ 21-5415.81/3

Dresden, den 18. November 2016

i.V. M.Jaksch
Jürgen Hommel
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Die vorstehende Satzung zur Änderung der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer vom 5. Dezember 2012 wird hiermit ausgefertigt und bekannt gemacht.

Leipzig, den 23.11.2016

Andrea Mrazek
Präsidentin

Neufassung der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (BeitragsO OPK) vom 5. Dezember 2012

Auf der Grundlage des Artikels 1 Absatz 4 des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vom 2. Juni 2005 (SächsGVBl. S. 268) i.V.m. Artikel 1 des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vom 9. September 2005 (SächsGVBl. S. 266) und der §§ 8 Absatz 3 Satz 2 Nr. 2, 14 Absatz 1 und 2 des Sächsischen Heilberufekammergesetzes (SächsHKaG) in der Fassung vom 24. Mai 1994, zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142, 143), hat die Kammerversammlung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) am 20. Oktober 2012 folgende Neufassung der Beitragsordnung beschlossen:

Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer / BeitragsO OPK

§ 1 Beitragszweck und Beitragspflicht

- (1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK, im Folgenden auch »Kammer«) von ihren Mitgliedern Beiträge.
- (2) ¹ Beitragspflichtig sind alle Mitglieder der OPK. ² Die Kammerbeiträge sind öffentlich-rechtliche Abgaben.
- (3) Kammermitglieder, die auch Pflichtmitglieder einer anderen Heilberufekammer sind, haben 50 vom Hundert der maßgebenden Beitragsklasse zu entrichten.
- (4) ¹ Der Beitrag ist ein Jahresbeitrag. ² Beitragsjahr ist das Kalenderjahr.
- (5) ¹ Die Beitragspflicht entsteht mit dem Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen entstehen. ² Bei Beginn der Beitragspflicht im laufenden Jahr wird entsprechend ein anteiliger Beitrag erhoben. ³ Die Beitragspflicht endet mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mitglied aus der Kammer ausscheidet. ⁴ Die Sätze 1 bis 3 finden für das Beitragsjahr keine Anwendung, in dem ein Mitglied am Stichtag (1. Februar) seinen Wohnsitz oder seine Berufsausübung aus dem Geltungsbereich einer anderen deutschen Psychotherapeutenkammer in den Geltungsbereich des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vom 02. Juni 2005 (SächsGVBl. S. 268) verlegt.

§ 2 Beitragsbemessung, Beitragsklassen und außerordentlicher Beitrag

- (1) Grundlage der Beitragsbemessung sind die Einkünfte der Beschäftigten (§ 7 Absatz 1 SGB IV) nach § 2 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2, § 9, § 19 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) und für die selbständig Tätigen (§ 15 Absatz

1 Satz 1 SGB IV) nach § 2 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1, § 4 Absatz 3 Satz 1, § 18 Absatz 1 Nr. 1 EStG.

- (2) ¹ Bemessungsjahr ist in der Regel das vorletzte Jahr vor dem Beitragsjahr. ² Sind im vorletzten Jahr keine Einkünfte erzielt worden, tritt das letzte Jahr vor dem Beitragsjahr an dessen Stelle. ³ Mitglieder, die im laufenden Beitragsjahr approbiert wurden, werden der Beitragsklasse BK 4 zugeordnet; § 1 Absatz 5 Sätze 1 und 2 bleiben unberührt.
- (3) Folgende Beitragsklassen (BK) werden gebildet:
BK 1: Regelbeitrag,
BK 2: Ermäßigter Beitrag (80 vom Hundert des Regelbeitrages),
BK 3: Ermäßigter Beitrag (70 vom Hundert des Regelbeitrages) oder
BK 4: Ermäßigter Beitrag (40 vom Hundert des Regelbeitrages).
- (4) Abweichend von den unter Absatz 3 genannten Beitragsklassen gelten folgende Sonderklassen (SK):
SK 1: Sonderbeitrag (50 vom Hundert des Regelbeitrages),
SK 2: Sonderbeitrag (40 vom Hundert des Regelbeitrages) oder
SK 3: Sonderbeitrag (15 vom Hundert des Regelbeitrages).
- (5) ¹ Die Höhe des Regelbeitrages wird von der Kammerversammlung jährlich festgesetzt und als Anlage zur Beitragsordnung veröffentlicht. ² Er gilt für alle Mitglieder, die nicht einen ermäßigten Beitrag nach Absatz 3 oder einen Sonderbeitrag nach Absatz 4 zu leisten haben.
- (6) Die ermäßigten Beiträge (Abs. 3) gelten für Mitglieder, deren Einkünfte (Absatz 1) unter
125 vom Hundert (BK 2),
100 vom Hundert (BK 3) oder
75 vom Hundert (BK 4)
der jährlichen Bezugsgröße (Absatz 10 Satz 3) bleiben.
- (7) ¹ Der Sonderbeitrag SK 1 findet neben den in § 1 Absatz 3 genannten Mitgliedern – Doppelmitgliedschaft – insbesondere auf Mitglieder Anwendung, die
1. trotz Erreichens der Regelaltersgrenze und Rentenbezugs weiterhin berufstätig sind, sowie
2. auf Mitglieder, die trotz der Erziehung eines Kindes unter drei Jahren weiterhin in ihrem Beruf tätig sind.
² Dies gilt nicht, wenn die Bemessung nach Absatz 3 zu einem für sie günstigeren Ergebnis führt (Günstigkeitsprinzip).
- (8) Der Sonderbeitrag SK 2 findet insbesondere auf Mitglieder Anwendung, deren Berufstätigkeit mindestens sechs Monate durch Mutterschutz, Arbeitslosigkeit oder Krankheit unterbrochen wird.

- (9) ¹Der Sonderbeitrag SK 3 findet auf Mitglieder Anwendung, die nach Erreichen der Regelaltersgrenze keine Tätigkeit mehr ausüben. ²In diesen Fällen ist der Beitrag ab Beginn des Rentenbezugs (§ 99 Absatz 1 SGB VI) für das Beitragsjahr anteilig vom Regelbeitrag festzusetzen.
- (10) ¹Die Zuordnung zu einer der genannten Beitrags- oder Sonderklassen erfolgt durch den Beitragsbescheid. ²Dieser wird von der Kammer erteilt. ³Die Zuordnung zu einer der in Absatz 3 genannten Beitragsklassen bemisst sich (automatische jährliche Anpassung) anhand der jährlichen Bezugsgröße gemäß § 18 Absatz 2 SGB IV nach den Einkünften des Mitgliedes. ⁴Die Bezugsgröße-Ost betrug im Jahr 2011 26.880,00 Euro, im Jahr 2012 26.880,00 Euro.
- (11) Ein Antrag auf Zuordnung in eine andere Beitrags- oder Sonderklasse, als in die durch den Bescheid festgesetzte (Absatz 10 Satz 1), kann nur bis zum Ablauf des jeweiligen Beitragsjahres gestellt werden (Ausschlussfrist).
- (12) Zur Deckung außerplanmäßiger Ausgaben der OPK kann auf Beschluss der Kammerversammlung und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde zusätzlich eine Umlage erhoben werden.

§ 3 Nachweispflicht und Auskunftsrecht der Kammer

¹Beitragspflichtige Mitglieder, die eine Zuordnung in eine andere Beitragsklasse als BK 1 (Regelbeitrag/Höchstbeitrag) begehren, haben der Kammer auf Verlangen Auskunft über ihre Einkünfte zu erteilen, insbesondere unter Vorlage des Einkommensteuerbescheides des vorletzten oder des letzten Jahres, soweit dies zur Bemessung der Beiträge nach § 2 erforderlich ist. ²Die geforderten Nachweise sind innerhalb eines Monats nach Aufforderung der Kammer in Kopie vorzulegen. ³Kommt ein Mitglied dem Auskunftsverlangen, das auch mittels Erhebungsbogen erfolgen kann, nicht innerhalb der in Satz 2 genannten Frist nach, erfolgt die Zuordnung in den Regelbeitrag (BK 1).

§ 4 Fälligkeit der Beiträge, Einzug, Mahnung und Beitreibung

- (1) ¹Die Beiträge werden im ersten Jahr der Mitgliedschaft mit Zugang des Beitragsbescheides fällig, in den Folgejahren jeweils zum 1. Februar des Jahres. ²Die Beiträge sind in der Regel im Lastschriftverfahren an die OPK zu entrichten.
- (2) Zusätzliche Kosten für die Rückbuchung eingezogener Beiträge wegen Nichtdeckung oder Erlöschen des Kontos des Beitragspflichtigen gehen zu Lasten des Mitglieds.
- (3) ¹Rückständige Beiträge werden mit einer Zahlungserinnerung und zwei gebührenpflichtigen Mahnungen angemahnt. ²Danach erfolgt die Beitreibung der rückständigen Beiträge.

§ 5 Wirtschaftliche oder soziale Härte, Erlass, Niederschlagung, Stundung

- (1) ¹Der Beitrag kann von der Kammer auf schriftlichen Antrag bis zum Ablauf des jeweiligen Beitragsjahres (Ausschlussfrist) unter Vorlage entsprechender Nachweise erlassen werden, wenn der Antragsteller das Vorliegen besonderer wirt-

schaftlicher oder sozialer Härten glaubhaft macht. ²Eine besondere wirtschaftliche oder soziale Härte liegt insbesondere vor, wenn die Einkünfte (§ 2 Absatz 1) des Antragstellers unter 20 vom Hundert der jährlichen Bezugsgröße (§ 2 Absatz 10) liegen. ³Die Einkünfte eines nicht getrennt lebenden Ehegatten oder eines Lebenspartners nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) sind in diesen Fällen mit zu berücksichtigen.

- (2) ¹Die Kammer kann Ansprüche niederschlagen, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zu dem einzuziehenden Betrag stehen. ²Ebenso kann sie die Beiträge auf Antrag hin aussetzen oder stunden.

§ 6 Verjährung

¹Für die Verjährung von Beitragsforderungen gelten die Vorschriften der Abgabenordnung (AO) über die Zahlungsverjährung aus dem Steuerschuldverhältnis (§§ 228 bis 232 AO) entsprechend. ²Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre. ³Sie beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Beitragsforderung erstmals fällig geworden ist.

§ 7 Rechtsbehelf

- (1) ¹Gegen Bescheide, die auf der Grundlage dieser Beitragsordnung ergehen, kann innerhalb eines Monats nach Zugang Widerspruch eingelegt werden. ²Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle der OPK einzureichen. ³Über den Widerspruch entscheidet die Kammer. ⁴Die Entscheidung ist dem Mitglied schriftlich unter Angabe der Gründe mitzuteilen (Widerspruchsbescheid). ⁵Er ist mit Rechtsbehelfsbelehrung und Kostenentscheidung zu versehen und dem Beitragspflichtigen zuzustellen.
- (2) Gegen den Widerspruchsbescheid ist innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht möglich.
- (3) Widerspruch und Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 8 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

¹Die Neufassung der Beitragsordnung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.
²Zugleich tritt die Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer vom 6. Mai 2006 (Sächsisches Amtsblatt Nr. 26/2006, S. 605 ff. vom 29. Juni 2006) außer Kraft.

Leipzig, 05.12. 2012

Andrea Mrazek M.A., M.S. (USA)
 Präsidentin

Die vorstehende Neufassung der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer vom 20. Oktober 2012 wird hiermit rechtsaufsichtlich genehmigt.

Dresden, 08.11. 2012

AZ 26-5415.81/3

Frank Bendas

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Die vorstehende Neufassung Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer wird nach Genehmigung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz hiermit ausgefertigt und öffentlich bekannt gemacht.

Leipzig, 05.12. 2012

Andrea Mrazek M.A., M.S. (USA)
Präsidentin

Anlage zur Beitragsordnung

Festsetzung des Regelbeitrages gemäß § 2 Absatz 5 Satz 1 BeitragO OPK für das Jahr

2013: 450,- Euro

Diese Anlage zur Beitragsordnung wurde durch das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (AZ: 28-H 122/0807-12/31-51768, 29. November 2012) sowie durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (AZ: 26-5415.83/2, 10. Dezember 2012) genehmigt und wird hiermit bekannt gemacht.

Leipzig, 10.12. 2012

Andrea Mrazek M.A., M.S. (USA)
Präsidentin